

# Schadensbegrenzung nötig

Die COP-26 hat einige positive Ergebnisse zur Methanreduzierung, zum Wald- und Naturschutz, zu Finanzierung, internationaler Kooperation und Technologietransfer sowie einen Appell zum Kohleausstieg gebracht. Dennoch ist die Staatengemeinschaft weit davon entfernt, die Ziele des Übereinkommens von Paris tatsächlich zu erreichen.



**Dr. Margret Carstens**  
ist Wissenschaftsjournalistin und Autorin im Völkerrecht zu Menschenrechten und internationalem Umweltrecht in Berlin.  
✉ margret.carstens@gmx.de

**A**uf der UN-Klimakonferenz (Conference of the Parties – COP-26) in Glasgow im November 2021 ist von den dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) beigetretenen Vertragsparteien keine engagierte Abschlusserklärung erreicht worden. Dennoch wurden einige positive Ergebnisse zu Kohle, Methanreduzierung sowie für den Wald- und Naturschutz, zu internationaler Kooperation, Finanzierung und Transparenzmechanismen erzielt. Wie im vorausgehenden ersten Teil des Sechsten Sachstandsberichts des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) wurde um Klimaziele angesichts der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) gerungen.

Der IPCC, dessen erster Teil im August 2021 veröffentlicht wurde, hat im Jahr 2021 zu Recht von irreversiblen Auswirkungen des Klimawandels auf Menschen und ökologische Systeme gesprochen und betont, dass das Risiko von der Entwicklung der Treibhausgasemissionen abhängt.<sup>1</sup> Somit war die COP-26 der wichtigste Klimagipfel seit Verabschiedung des Übereinkommens von Paris

über Klimaänderungen im Jahr 2015. Erstmals mussten die Beteiligten wie vereinbart weltweit ihre nationalen Klimaziele verschärfen. Das Pariser Regelwerk mit Vorschriften und Verfahren für die Umsetzung des Abkommens sollte fertiggestellt werden. Entscheidend waren auf der COP-26 ehrgeizige, nachgebesserte Klimaziele und -aktivitäten bei erhöhter Klimafinanzierung und gesteigerten nationalen Klimaschutzbeiträgen. Es ging um Zeitrahmen, Transparenz und Marktmechanismen zum Emissionshandel sowie klimabedingte Schäden und Verluste.<sup>2</sup> Der vorbereitende IPCC-Bericht gab den neuen Erkenntnisstand zur Entwicklung der Erderwärmung und der Klimakrise vor.<sup>3</sup> Dass der Klimawandel laut IPCC nachweisbar menschengemacht ist und natürliche Schwankungen den Effekt nicht erklären können, wurde in Glasgow bestätigt.

## 1,5-Grad-Celsius-Ziel und Klimaneutralität

Die COP-26 hat die Erkenntnisse des IPCC-Berichts anerkannt, dass ein Verfehlen des 1,5-Grad-Celsius-Ziels des Pariser Klimaabkommens verheerende Folgen hätte: Selbst wenn es gelänge, den Treibhausgasausstoß zu reduzieren, würden der Zusammenbruch ganzer Ökosysteme, Wasser- und Lebensmittelknappheit sowie Krankheiten als Folgen der Erderwärmung in Zukunft immer schneller zunehmen. Der Bericht zeigt, dass der Anstieg von Treibhausgasen und die globale Erwärmung massiv voranschreiten und die Erhöhung der Temperatur von 1,5 Grad Celsius schon im Jahr 2030 erreicht wird.<sup>4</sup> Entsprechende Maßnahmen müs-

<sup>1</sup> IPCC, Sixth Assessment Report, Climate Change 2021: The Physical Science Basis, [www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/](http://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/)

<sup>2</sup> Rixa Schwarz et al., Inklusiv, sicher und ambitioniert? Der Klimagipfel von Glasgow in Zeiten der Corona-Pandemie – Anforderungen und Erwartungen an die COP26, Germanwatch, 10/2021, S. 2, [www.germanwatch.org/sites/default/files/Hintergrundpapier\\_Anforderungen%20und%20Erwartungen%20an%20die%20COP26\\_2.pdf](http://www.germanwatch.org/sites/default/files/Hintergrundpapier_Anforderungen%20und%20Erwartungen%20an%20die%20COP26_2.pdf); UN Climate Change Conference UK 2021, COP26 Goals, [ukcop26.org/cop26-goals/](http://ukcop26.org/cop26-goals/)

<sup>3</sup> UN Climate Action, COP26: Together for our Planet, Day 13, 12.11.2021, [www.un.org/en/climatechange/cop26](http://www.un.org/en/climatechange/cop26)

<sup>4</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Weltklimarat: Den Klimawandel bekämpfen und für die Folgen Vorsorge betreiben, Pressemitteilung 161/2021, 9.8.2021, [www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/2021/08/090821-Weltklimarat.html](http://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/2021/08/090821-Weltklimarat.html); vgl. Der Generalsekretär, Stellungnahme zum Bericht der Arbeitsgruppe I der Zwischenstaatlichen Sachverständigenkommission für Klimaänderungen (IPCC) zu den wissenschaftlichen Grundlagen der sechsten Bewertung, 9.8.2021, [www.un.org/depts/german/gs/messages/SG-IPCC-report.pdf](http://www.un.org/depts/german/gs/messages/SG-IPCC-report.pdf)

sen so früh wie möglich getroffen werden. Darüber waren sich alle Beteiligten der COP-26 im Klaren.<sup>5</sup> Die gemeinsame Erklärung Chinas und der USA, die Erderhitzung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen und stärker zusammenzuarbeiten, ist beachtlich. Doch muss der Fokus auf der Umsetzung liegen, zumal sich China noch nicht auf einem mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbaren Weg befindet. Leider strebt das Land erst für das Jahr 2030 eine reale Trendumkehr hin zum Sinken der Emissionen an, und will erst im Jahr 2060 kohlendioxidneutral – nicht treibhausgasneutral – sein. Indien hat sich sogar erst mit dem Jahr 2070 ein Ziel für die Klimaneutralität gesetzt und will bis zum Jahr 2050 etwa 50 Prozent des Energiebedarfs

## Die Einrichtung von Kohlendioxidmärkten könnte die Klimapläne aufweichen.

aus erneuerbaren Energien erwirtschaften.<sup>6</sup> Bisher gemachte nationale Zusagen zur Emissionssenkung werden den durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg nur auf 2,4 Grad Celsius begrenzen. Laut Europäischer Union (EU) könnte ein gut funktionierender internationaler Kohlendioxidmarkt zu zusätzlichen Investitionen in den ökologischen Wandel führen und Emissionssenkungen beschleunigen.<sup>7</sup> Die Einrichtung von Kohlendioxidmärkten aber könnte die Klimapläne aufweichen: Mit dem globalen Emissionshandel wird für die Staaten eine Hintertür geöffnet, ›Greenwashing‹ betrieben und damit echter Klimaschutz verwässert.<sup>8</sup> Zudem wurden auf der COP-26 Schlupflöcher beim Handelssystem nicht geschlossen. Besser wäre Klimagerechtigkeit, das heißt die ungleiche Verteilung der Folgen globaler Erwärmung unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips auszugleichen, verbunden mit einem schnellen Ende des fossilen Zeitalters. Die Frage, wie mit Emissionsminderungen eines Staates in einem anderen umgegangen werden soll, ist nun

zufriedenstellend geklärt: Es dürfen sich nicht beide Länder die Emissionsreduktion gutschreiben. Negativ fällt auf, dass alte Zertifikate aus der Zeit des Kyoto-Protokolls teils im Übereinkommen von Paris gelten.

Neu ist seit der COP-26, dass die Klimaziele jährlich nachzubessern sind. Gut ist, dass bis zum Jahr 2022 nicht erreichte Klimaziele – allerdings nur freiwillig – nachgeschärft werden sollen. Dennoch sind die Staaten der COP-26 vom ernsthaften Versuch, die Erderwärmung unter 1,5 Grad Celsius zu halten, weit entfernt. Zukünftig müssen beschlossene Ziele und tatsächlich ergriffene Maßnahmen endlich übereinstimmen. Laut IPCC-Bericht und COP-26 kann nur Klimaneutralität auf Dauer den menschengemachten Klimawandel beschränken. Das COP-26-Vorbereitungstreffen forderte zu Recht und im Sinne des Berichts dazu auf, ehrgeizige Ziele für die Emissionsreduzierung bis zum Jahr 2030 durch den beschleunigten Kohleausstieg, den Umstieg auf Elektrofahrzeuge, die Eindämmung der Entwaldung und die Förderung von Investitionen in erneuerbare Energien vorzulegen.<sup>9</sup>

Eine spannende Frage der COP-26 war, ob und wie wichtige (Schwellen-)Länder ambitioniertere nationale Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs) vorlegen. Der in Glasgow veröffentlichte Klimaschutz-Leistungsindex für das Jahr 2022 hat gezeigt, dass bis Oktober 2021 zumindest 116 verbesserte NDCs eingereicht wurden. Dies entspricht dem Mechanismus des Klimaübereinkommens, freiwillige Selbstzusagen zum Klimaschutz regelmäßig zu verschärfen. Doch muss die ›Ambitionsücke‹ für das Jahr 2030 so schnell wie möglich geschlossen werden; nur so können die Notwendigkeit kostspieliger Anpassungsmaßnahmen sowie Schäden und Verluste verringert werden.<sup>10</sup>

Da Industriestaaten ihre Wirtschaft schneller von Emissionen unabhängig machen können als andere Länder, sollten sie mehr Klimaschutz leisten. Immerhin wurden in Glasgow einige Beschlüsse vorgelegt, die zur Rettung des Klimas beitragen: Die Schifffahrt soll bis zum Jahr 2050 kohlendioxidneutral werden, allerdings bringt dies im Vergleich zu anderen Transportsystemen wenig Koh-

<sup>5</sup> Vgl. Der Generalsekretär, Rede zum Weltklimagipfel – 26. Konferenz der Vertragsparteien (COP 26), 1.11.2021, [www.un.org/depts/german/gsmessages/SG-COP26-DEU.pdf](http://www.un.org/depts/german/gsmessages/SG-COP26-DEU.pdf)

<sup>6</sup> World Wide Fund For Nature (WWF), Das war die COP26, 13.11.2021, [www.wwf.de/themen-projekte/klima-energie/un-klimakonferenzen/klimakonferenz-in-glasgow-grosse-aufgaben-fuer-die-cop26/das-war-die-cop26](http://www.wwf.de/themen-projekte/klima-energie/un-klimakonferenzen/klimakonferenz-in-glasgow-grosse-aufgaben-fuer-die-cop26/das-war-die-cop26)

<sup>7</sup> Europäische Kommission, Von der Leyen vor der COP26: „Es geht in diesem Jahrzehnt um alles oder nichts“, 29.10.2021, [germany.representation.ec.europa.eu/news/von-der-leyen-vor-der-cop26-es-geht-diesem-jahrzehnt-um-alles-oder-nichts-2021-10-29\\_de](http://germany.representation.ec.europa.eu/news/von-der-leyen-vor-der-cop26-es-geht-diesem-jahrzehnt-um-alles-oder-nichts-2021-10-29_de)

<sup>8</sup> WWF, a.a.O. (Anm. 6).

<sup>9</sup> UN Climate Change Conference UK 2021, a.a.O. (Anm. 2).

<sup>10</sup> Schwarz et al., Inklusiv, sicher und ambitioniert?, a.a.O. (Anm. 2), S. 15.

lendioxid-Einsparung.<sup>11</sup> Optimistisch stimmt, dass einige Staaten, Unternehmen und Organisationen ankündigten, das Ende des Verbrennungsmotors in führenden Märkten bis zum Jahr 2035, weltweit bis zum Jahr 2040, umzusetzen. Doch gehen die Zusagen nicht weit genug, um das 1,5-Grad-Celsius-Ziel zu erreichen. Zudem wird überlegt, eine Kohlendioxid-Abgabe von Exporteuren an europäischen Grenzen zu erheben. Dieser Grenzausgleichsmechanismus, der auf Einfuhren aus Ländern mit weniger strengen Klimavorgaben erhoben werden kann, könnte zwar eine Minderung von Emissionen in anderen Teilen der Welt erzwingen. Außerdem könnte er verhindern, dass strenge Klimagesetze in der EU zu Wettbewerbsnachteilen führen. Der Strafzoll kann in Exportstaaten jedoch negative Rückwirkungen haben, da er gegenseitig erhoben werden kann.

## Methanreduktion: günstig und wirkungsvoll

Die Reduktion kurzlebiger Treibhausgase wie Methan ergänzt sonstige Klimaschutzbemühungen sinnvoll. Die Erwärmung könnte so bis zum Jahr 2040 um 0,2 Grad Celsius und bis zum Jahr 2100 um 0,8 Grad Celsius verringert werden. Das besonders klimaschädliche Methan, das durch Erdgasförderung und -transport sowie in der Landwirtschaft entsteht, trägt rund 87-mal so stark zur Erderwärmung bei wie Kohlendioxid. Somit rief der IPCC-Bericht mit Recht zur Eindämmung der Methanemissionen auf der COP-26 auf. Es ist verstörend, dass nur 13 Staaten Methan-Reduktionsziele in ihre Zusagen zum Übereinkommen von Paris aufgenommen hatten. Eine Lösung wäre ein globales Methan-Abkommen, ähnlich dem Montrealer Protokoll aus dem Jahr 1987 zum Abbau der Ozonschicht. Dass die EU und die USA auf der COP-26 vorschlugen, eine Verringerung des Methanausstoßes um mindestens 30 Prozent bis zum Jahr 2030 anzusteuern, war eine sinnvolle Initiative. Leider haben sich Staaten mit hohen Methanemissionen wie China, Indien und Russland nicht angeschlossen. Die Umsetzung der Initiative wäre eine wichtige Kurskorrektur.<sup>12</sup> Doch gab sich die COP-26 mit weniger zufrieden, obwohl Maßnahmen günstig

und wirkungsvoll wären. Eine wirksame Politik zur Bekämpfung von Methan müsste die lückenhafte Überwachung und Berichterstattung abändern.<sup>13</sup>

## Kohleausstieg geht nur langsam voran

Leider konnte der nötige Kohleausstieg aufgrund von Indiens Intervention nicht erreicht werden. Zwar sagten 190 Staaten, Regionen und Organisationen auf der Klimakonferenz, darunter 23 Länder wie Polen und die USA, zunächst zu, aus der Kohle auszusteigen – dies aber unverbindlich und ohne Zeitplan. Große Emittenten wie China und Indien waren nicht beteiligt. Letztlich hat die COP-26 Staaten nur dazu aufgefordert, den Kohleausstieg »einzuleiten« und »ineffiziente« Subventionen für Öl, Gas und Kohle zu kürzen. Zumindest wird

**Methan, das durch Erdgasförderung und in der Landwirtschaft entsteht, trägt rund 87-mal so stark zur Erderwärmung bei wie Kohlendioxid.**

durch die Abschlusserklärung der Klimakonferenz erstmals Druck auf die Kohle ausgeübt – ein wichtiges Signal. Positiv ist zudem, dass mehrere Staaten eine Erklärung unterzeichneten, die bis zum Jahr 2022 das Ende der Unterstützung für fossile Projekte im Ausland vorsieht. Ausnahmen gibt es dennoch. Zu begrüßen ist, dass Südafrika beim Umschwenken auf erneuerbare Energien finanziell unterstützt wird – unter anderem auch von Deutschland. Die ›Beyond Coal and Gas Alliance‹ der COP-26 gab einen wichtigen Anstoß, sich von fossilen Energien abzuwenden.<sup>14</sup>

## Waldschutz als wichtiges Ziel

Eine positive Meldung der COP-26 war, dass bis spätestens zum Jahr 2030 die Zerstörung von Wäl-

<sup>11</sup> Markus Hametner et al., Erderwärmung: Diese Grafiken zeigen, wo die Welt beim Klimaschutz steht, Süddeutsche Zeitung, 10.11.2021, [www.sueddeutsche.de/wissen/cop26-ergebnisse-klimakonferenz-glasgow-1.5460190](http://www.sueddeutsche.de/wissen/cop26-ergebnisse-klimakonferenz-glasgow-1.5460190)

<sup>12</sup> Vgl. Deutsche Umwelthilfe, Neuer UNEP-Bericht zeigt: Schnelle Reduktion schädlicher Methan-Emissionen hätte enormen Klimaschutzeffekt, 6.5.2021, [www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/neuer-unep-bericht-zeigt-schnelle-reduktion-schaedlicher-methan-emissionen-haette-enormen-klimaschutz/](http://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/neuer-unep-bericht-zeigt-schnelle-reduktion-schaedlicher-methan-emissionen-haette-enormen-klimaschutz/)

<sup>13</sup> Isabelle Gerretsen, IPCC Report Prompts Calls to Tackle Methane Emissions at Cop26, 11.8.2021, [www.climatechangenews.com/2021/08/11/ipcc-report-prompts-calls-tackle-methane-emissions-cop26/](http://www.climatechangenews.com/2021/08/11/ipcc-report-prompts-calls-tackle-methane-emissions-cop26/)

<sup>14</sup> Beyond Oil & Gas Alliance, [beyondoilandgasalliance.com/](http://beyondoilandgasalliance.com/); WWF, Das war die COP26, a.a.O. (Anm. 6).

dern und anderen wertvollen Ökosystemen gestoppt werden soll. Hierauf haben sich gut 100 Staaten, die 85 Prozent der Waldflächen repräsentieren, geeinigt. Dass dazu Brasilien und Russland zählen, überrascht, denn sie waren, obwohl sie zu den Ländern mit den größten Waldflächen zählen, nicht Teil der New Yorker Walderklärung. Mit Brasilien, Kolumbien, Indonesien und der Demokratischen Republik Kongo sind Staaten am Waldschutz beteiligt, in denen es den meisten Urwald gibt; er speichert besonders gut Kohlendioxid.<sup>15</sup> Zu Recht wird kritisiert, dass der Abholzungsstopp zu spät angesetzt wurde, eine solche Initiative bisher erfolglos war und illegales Abholzen teils nur legalisiert wird. Das fortschreitende Fällen von Wäldern ist eine der Hauptursachen für die Klimaerwärmung und die Entwaldung und laut UN für rund 17 Prozent der weltweiten menschenverursachten Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich. Ohne Abholzungsstopp und einen langfristig angelegten Waldschutz wird es nicht gelingen, das im Pariser Übereinkommen formulierte maximale Zwei-Grad-Celsius-Ziel zu erreichen. Der durch die UNFCCC entwickelte Mechanismus zur Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und der Schädigung von Wäldern (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation and the Role of Conservation, Sustainable Management of Forests and Enhancement of Forest Carbon Stocks in Develop-



Das Brasilianische Institut für Umwelt und erneuerbare natürliche Ressourcen (Ibama) zeigt eine illegal abgeholzte Fläche auf dem Land der indigenen Piritiiti.

FOTO: FLICKR/QUAPAN/FELIPE WERNECK/IBAMA VIA FLICKR VIA AP

ping Countries – REDD+), der dem Klimawandel durch den Schutz von Wäldern entgetreten soll, wurde zu Recht kritisiert, denn einige REDD+-Projekte wiesen keine dauerhafte Bewaldung in den bewirtschafteten Gebieten auf.<sup>16</sup> Eine Kohlendioxid-Vergütung kann zwar bei richtigen Rahmenbedingungen ein Instrument zum Waldschutz sein, ist aber kein Allheilmittel.

## Natur- und Artenschutz müssen mitgedacht werden

Die COP-26 hat die Rolle intakter Ökosysteme für die Erreichung der Klimaziele von Paris anerkannt. Sie hat bekräftigt, dass der Schutz aller Ökosysteme und der Erhalt der Biodiversität Teil der wirksamen Bekämpfung der Klimakrise und der Anpassung an ihre Folgen sein müssen. Die Bedeutung der Meere für Klimaanpassung und -minderung zeigt sich mit der Vereinbarung eines jährlichen Meeresdialogs im Rahmen der UNFCCC.

Nach der UN-Biodiversitätskonferenz (COP-15) im letzten Jahr im chinesischen Kunming, die einen Beitrag zum Klimaschutz geleistet hat, indem sich die Vertragsstaaten der Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD) verpflichteten, die Ursachen für den Artenverlust – intensive Landwirtschaft, Entwaldung und umweltschädliche Subventionen – anzugehen, hebt der letzte IPCC-Bericht konsequent die Auswirkungen des Klimawandels auf Ökosysteme und Biodiversität hervor. Die Welt wird ohne Erfolge im Biodiversitätsschutz die SDGs verfehlen. Artenverlust hat einen signifikanten Einfluss auf das Klima, weshalb unverzüglich gehandelt werden muss. Umweltsteuern würden den Naturverbrauch nicht effektiv begrenzen, stattdessen sollte für Dienstleistungen der Umwelt bezahlt werden.<sup>17</sup> Positiv ist, dass das Konzept ›naturbasierter Lösungen‹ wie Moor-Renaturierungen mit Kohlendioxid-Speicherung und Lebensraum für bestimmte Arten für Glasgow vorangebracht wurde.<sup>18</sup> Durch adäquate Maßnahmen zum Natur- wie Klimaschutz könnten ungefähr 20 bis 30 Prozent Kohlendioxid eingespart werden. Menschenrechte sollten, wie zur COP-26 gefordert, Mittelpunkt der Umweltpolitik sein.<sup>19</sup>

<sup>15</sup> Hametner et al., Erderwärmung, a.a.O. (Anm. 11).

<sup>16</sup> Margret Carstens, Indigene Landrechte in Zeiten des Klimawandels und der Verhandlung um das Freihandelsabkommen Mercosur am Beispiel Brasilien, *Verfassung und Recht in Übersee (VRÜ)*, 53. Jg., 2/2020, S. 139–141.

<sup>17</sup> Christine Grefe/Fritz Habekuss, Bei Natur versagt der Markt, Interview mit Partha Dasgupta, *DIE ZEIT*, 5.8.2021.

<sup>18</sup> Fritz Habekuss et al., Manches wird gut!, Interview mit Josef Tumbrinck, *DIE ZEIT*, 30.12.2020.

<sup>19</sup> International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA), Civil Society Calls on World Leaders to Put Human Rights at the Centre of Environmental Policy, 11.10.2021, [www.iwgia.org/en/news/4534-pr-openletter-hr-and-environment.html](http://www.iwgia.org/en/news/4534-pr-openletter-hr-and-environment.html)

## Nachhaltige Entwicklung, Technologie, Finanzierung

Der IPCC-Bericht stellte den Klimawandel eindeutig in den Kontext nachhaltiger Entwicklung: Es geht um die Risiken und den Nutzen der Minderungsmaßnahmen, um Anpassung, Klimaschutz und Entwicklungspfade, soziale Aspekte des Klimaschutzes und nachhaltige Technologien. Erstmals beinhaltet ein Weltklimabericht soziale Klimaschutzaspekte: Faktoren, die das Konsumverhalten beeinflussen, und Möglichkeiten zur Emissionsreduzierung auf der Nachfrageseite.

Der wichtige Bereich ›Innovation und Technologie‹ wurde erfasst. Zur Verstärkung von Klimaschutzmaßnahmen wurden realistisch erforderliche Maßnahmen im Bereich Finanzierung und Technologieentwicklung und -transfer untersucht. Neue internationale Kooperationen und der verarbeitete Technologietransfer auf der COP-26 sind hervorsteckende positive Ergebnisse. Um aufstrebende Wirtschaftsnationen einzubinden, ist die angestrebte größtmögliche Kooperation der Staaten unerlässlich. Es überzeugt, dass hierdurch die vom Klimawandel besonders betroffenen ärmeren beziehungsweise aufstrebenden Länder in der Lage wären, den Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen, Schutzanlagen, Warnsysteme und eine widerstandsfähige Infrastruktur sowie Landwirtschaft aufzubauen.

Die Finanzierung war eines der strittigsten Themen in den COP-26-Verhandlungen. Die finanziellen Hilfen, um Klimaschutzmaßnahmen umsetzen zu können, reichen zur Anpassung an den jetzigen Klimawandel nicht aus. Statt der seit dem Jahr 2009 versprochenen Klimahilfe wäre ein Klimalastenausgleich von Reich zu Arm notwendig. Erfolgt eine Anhebung der internationalen Klimafinanzierung, wäre ebenso eine private Investitionsoffensive mit Anreizen und Absicherungen für grünes Wachstum und Energiekonzepte in den sich entwickelnden Staaten erforderlich. Diese Länder benötigen dringend ›grüne Finanzströme‹ bezogen auf Infrastruktur, Industrialisierung und Klimaanpassung. Bisher haben die Industrieländer ihre Verantwortung für angerichtete Klimaschäden in Entwicklungsländern nicht ausreichend übernommen.<sup>20</sup> Internationale Finanzinstitutionen müssen ihren Beitrag leisten.

## Verluste und Schäden

Die Steuerungsregelungen für den Internationalen Warschauer Mechanismus für Verluste und Schäden im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels (Warsaw International Mechanism for Loss and Damage Associated With Climate Change Impacts – WIM) waren ein zentraler Punkt der COP-26. Den Prozess zu stärken, ist eine entscheidende Forderung, um auf nationaler Ebene Maßnahmen zur Bewältigung langsam auftretender Klimarisiken zu ermöglichen. Positiv ist, dass ein Prozess in Gang gebracht werden soll, wie das

**Bisher haben die Industrieländer ihre Verantwortung für Klimaschäden in Entwicklungsländern nicht ausreichend übernommen.**

Thema Schäden und Verluste zukünftig besser behandelt werden kann. Selbst wenn die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzt wird, bestehen hohe Risiken von Verlusten und Schäden.<sup>21</sup> Damit verbundene Auswirkungen auf Armut, Gesundheit und Sicherheit haben langfristige Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung. Dies kommt im Weltklimabericht zum Ausdruck. Hervorzuheben ist, dass auf der COP-26, neben finanziellen Mitteln zur Erholung von und Anpassung an die Klimakrise, ein Topf zur finanziellen Unterstützung bei durch die Klimakrise verursachten Schäden geschaffen wurde. Leider wurden jedoch keine konkreten Summen für ärmere Staaten genannt und es fehlt eine Garantie, dass versprochene Gelder im Jahr 2023 endlich gezahlt werden. Da ›Verluste‹ das bezeichnen, was nicht wiederkommt – Tote oder eine ausgestorbene Art, also mit Geld nicht zu bezahlen –, müsste es eigentlich um ›Haftung und Kompensation‹ gehen.<sup>22</sup> Doch dies hätte finanzielle und juristische Konsequenzen: Reiche Staaten müssten zahlen.

Die COP-26 hat gezeigt, dass ein schlüssiger, koordinierter und langfristiger Ansatz für das klimabezogene Risikomanagement nötig ist. Dies

<sup>20</sup> Siegfried Unterkircher, UN-Klimagipfel in Glasgow bringt ›historischen‹ Kompromiss, 14.11.2021, [www.unsertirol24.com/2021/11/14/un-klimagipfel-in-glasgow-bringt-historischen-kompromiss/](http://www.unsertirol24.com/2021/11/14/un-klimagipfel-in-glasgow-bringt-historischen-kompromiss/)

<sup>21</sup> Mariya Aleksandrova/Boran Idil, Governance-Mechanismus für langsam eintretende Klimaänderungen auf dem Prüfstand, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), 14.10.2019, [www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/governance-mechanismus-fuer-langsam-eintretende-klimaaenderungen-auf-dem-pruefstand/](http://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/governance-mechanismus-fuer-langsam-eintretende-klimaaenderungen-auf-dem-pruefstand/)

<sup>22</sup> Saleemul Huq, zitiert in: Fritz Habekuss, Weltrettung, Versuch Nr. 26, DIE ZEIT, 11.11.2021.

spiegelt sich in Artikel 8 des Übereinkommens zur Rolle der nachhaltigen Entwicklung bei der Verringerung des Risikos von Verlusten und Schäden wider. Maßnahmen zur Minderung der Risiken müssen mit den SDGs vereinbar sein, speziell dem Ziel 13 zu Sofortmaßnahmen, um den Klimawandel und seine Auswirkungen zu bekämpfen.<sup>23</sup> Noch fehlt dem WIM die Anbindung an internationale Prozesse und Institutionen, die die Klima- und Entwicklungspolitik prägen.<sup>24</sup> Deshalb sollte er sich an anerkannten Regelwerken orientieren. Dazu zählen das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (United Nations Convention to Combat Desertification in Those Countries Experiencing Serious Drought and/or Desertification, Particularly in Africa – UNCCD)<sup>25</sup>, die Aichi-Ziele der CBD<sup>26</sup> und die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030). Durch eine enge Verzahnung könnten die mit den auftretenden Klimafolgen verbundenen Risiken gezielter angegangen werden, so im Bereich Gesundheit (SDG 3), sauberes Wasser (SDG 6), Bodenproduktivität (SDG 15) und Biodiversität.

## Nichtstaatliche Akteure, regionale Klimafolgen

Für die erfolgreiche Umsetzung der Klimaziele ist von Bedeutung, ein breites Spektrum von Akteuren auf lokaler und regionaler Ebene – aus dem Privatsektor, öffentlich-private Partnerschaften, Städte und Regionen – einzubeziehen. Zudem dürfte der Erreichung des Zieles 10 der SDGs, soziale Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaften zu verringern, entgegenkommen, wenn die Expertisen nicht-staatlicher Akteure zum Klimaschutz einbezogen werden.

Im ersten Teil des Sechsten Sachstandsberichts des IPCC lag – angesichts von Überschwemmungen – ein Fokus auf regionalen Informationen, die für Klimarisikobewertungen genutzt werden können. Dass das »Globale mit dem Lokalen« verbunden wird, ist für die Bedürfnisse lokaler politischer Entscheider besonders bedeutsam und war auf der COP-26 Thema. Weitere Teile des aktuellen Weltklimaberichts enthalten erstmalig konkrete Aussagen über regionale und lokale Effekte der Klimaerwärmung.

Die Vereinten Nationen verlangen zu Recht schnelle adäquate Maßnahmen, um die aktuelle Pandemie und die Klimakatastrophe einzudämmen.<sup>27</sup> Nur so können Leben und Existenzgrundlagen gerettet werden. Während die Staaten ihre Volkswirtschaften nach der COVID-19-Pandemie wiederaufbauen, könnte dies die Wirtschaft auf eine Weise gestalten, die sauber, umweltfreundlich, gesund, sicher und widerstandsfähiger ist. Die aktuelle Krise bietet die Chance für einen tiefgreifenden, systemischen Wandel hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft. Neuinvestitionen sollten dringend für Klimaschutz und -anpassung genutzt werden. UN-Generalsekretär António Guterres hat zukunftsfähige und kooperative klimafreundliche Maßnahmen vorgeschlagen, mithin »grüne« Investitionen in Arbeitsplätze, Wachstum und Wirtschaft. Die Überprüfung der Klimaverpflichtungen und ihre Mechanismen bleiben für die Staaten eine zentrale Aufgabe, um den Klimawandel und dessen – auch sozialen wie gesundheitlichen – Auswirkungen so weit wie möglich zu begrenzen.

## English Abstract

Dr. Margret Carstens

**Damage Limitation Necessary** pp. 27–32

The UN climate conference COP-26 has produced some positive results in the areas of methane reduction, nature conservation, forest protection, coal, finance, transparency mechanisms, international cooperation and technology transfer. Ambitious climate targets should be achieved with a view to the Sustainable Development Goals (SDGs). Unfortunately, fossil fuels are only gradually phased out and subsidies will eventually decrease. However, there is a new fund to help poorer countries cope with climate damages, but without negotiating exact amounts. The review of climate change commitments will be crucial.

*Keywords: Biodiversität, Entwaldung, Entwicklungsziele, Klimakonferenz, Klimaschutz, Nachhaltige Entwicklung, biodiversity, deforestation, development goals, climate conference, climate protection, sustainable development*

<sup>23</sup> UN, Climate Action, 17 Goals to Transform Our World, [www.un.org/en/climatechange/17-goals-to-transform-our-world](http://www.un.org/en/climatechange/17-goals-to-transform-our-world)

<sup>24</sup> Minority Rights Group International, Minority and Indigenous Trends 2020 – Key Trends Report, International Journal of Minority and Group Rights (IJGR), 15.10.2020, [minorityrights.org/trends2020/](http://minorityrights.org/trends2020/)

<sup>25</sup> Vgl. Volkan Bozkir, Der Boden birgt den Schlüssel, 20.5.2021, [www.un.org/depts/german/umwelt/PGA\\_Op-Ed\\_Desertification-DE.pdf](http://www.un.org/depts/german/umwelt/PGA_Op-Ed_Desertification-DE.pdf)

<sup>26</sup> Vgl. Bundesamt für Naturschutz, Strategischer Plan der CBD, [www.bfn.de/strategischer-plan-der-cbd](http://www.bfn.de/strategischer-plan-der-cbd)

<sup>27</sup> UN, SDGs, Goal 13: Take Urgent Action to Combat Climate Change and Its Impacts, [www.un.org/sustainabledevelopment/climate-change/](http://www.un.org/sustainabledevelopment/climate-change/); vgl. Margret Carstens, Indigenous Rights and COVID-19, International Journal on Minority and Group Rights (IJGR), 2/2022, S. 1-49.